



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Deutschland und England.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ganz erstaunliche Dinge sind in dem Kreise unserer Erfahrungen in Folge des Umstandes zu Tage getreten, daß auch bei dem Geschäft der Depotverwaltung die bestehende Organisation der freiwilligen Krankenpflege einen Stand als solchen begünstigt und unbefehens für tauglich erklärt zur Besorgung dieses Geschäftes, einen Stand, dessen Angehörige im Zweifel gerade zu diesem sehr wenig romantischen, überaus nüchternen, eisernen Fleiß und gesunden, unverschrobene Menschenverstand erfordernden Geschäfte am allerwenigsten tauglich sind.

Es wird für die große humanitäre Angelegenheit der freiwilligen Verwundetenpflege auch aus den Erfahrungen dieses Krieges wieder manche werthvolle Frucht erwachsen. Nach meinen Erfahrungen ist das Wichtigste, was man aus diesem Kriege in der angedeuteten Richtung lernen kann: die Nothwendigkeit, bei der Auswahl der Personen, welche in der großen, immer auf's Neue zu schaffenden Organisation zu arbeiten haben, äußerst vorsichtig zu sein, nicht ferner einem gewissen Stande als solchem irgend welche Prärogativen einzuräumen oder von ihm irgend welche Functionen in Beschlag nehmen zu lassen; endlich aber, zwischen der freiwilligen Hilfsthätigkeit und den entsprechenden Organen der regulären Armee eine innigere Verbindung herzustellen. Wenn wir uns erst wieder des Friedens erfreuen, werden diese Nothwendigkeiten, wahrscheinlich neben einer gründlichen Revision der Bestimmungen der Genfer Convention, mit allem Ernst in's Auge zu fassen sein. Inzwischen wird sich das thatsächliche Material zur Beurtheilung meiner Vorschläge gewiß von Tag zu Tag mehren.

Carlsruhe, Ende September 1870.

A. G.

---

### Deutschland und England.

Wir haben wiederholt an dieser Stelle den tiefen Verfall der englischen Politik betont, welche beim Ausbruch des Krieges nicht den Muth hatte ihre Meinung zu sagen, kaum wagte, die steigenden Provocationen der imperialistischen Machthaber zu bedauern, und sich herbeiließ, dem König von Preußen zu empfehlen, dem Ansinnen Grammont's Folge zu leisten. Wir haben aber auch schon damals behauptet, daß mit dieser traurigen Karthagerpolitik nicht das letzte Wort Englands gesprochen, daß der Kern der Nation zu gesund sei, um in dem Dogma der Nichtintervention zu verkommen. Wir freuen uns zu sehen, daß diese Hoffnung nicht getrogen und daß die

öffentliche Meinung Englands zwar langsam, aber doch sicher sich aus ihrer Letargie erhebt. Noch sympathisiren zwar die eigentlichen Toryblätter mit dem gefallenen Kaiserthum und die Socialdemokraten der Trades Unions mit dem revolutionären Frankreich, von dem sie Erfüllung ihrer internationalen Chimären hoffen, aber in den tüchtigsten Organen der Mittelklassen, „Daily News“, „Spectator“, „Economist“ und vor Allem in der „Times“, diesem charakterlosen aber zuverlässigen Barometer der öffentlichen Meinung, bricht immer mehr das Gefühl hervor, daß Deutschland Europas Schlachten schlägt. Neuerdings hat auch ein alter Diplomat, Sir Henry Bulwer, indirect hiesür Zeugniß abgelegt. Er leugnet in seinen Zuschriften an die „Times“, daß England seine volle Pflicht gethan, um den Krieg zu verhindern. „Hätten wir“, sagte er, „nachdem der Prinz von Hohenzollern seine Candidatur zurückgezogen, unserer Ansicht in würdiger und fester Weise Nachdruck verschafft, so würden wir nicht Zeugen dieses unheilvollen Krieges gewesen sein. Aber die englische Auffassung war damals so getrübt und durch einen furchtsamen, mißtrauischen und falsch rechnenden Egoismus so beherrscht, daß ich zweifle, ob man einen Minister, der gefühlt hätte, daß anscheinende Kühnheit wahre Klugheit gewesen wäre, verstanden hätte. So groß war der Mangel an Ernst bei uns, daß wir nicht einmal ernsthaft neutral zu sein wußten, sondern unsere Neutralität nur in einer halb schlächtigen, unbefriedigenden und krämerhaften Weise zu behaupten wußten, der Art, daß wir in diesem Augenblick als Freund von der einen Macht verachtet und als Feind von der andern angeklagt werden.“ — Und in der „Pall-Mall-Gazette“ finden wir folgendes Geständniß: „Die Wahrheit ist, daß wir gar keine auswärtige Politik haben und in dieser Hinsicht stehen wir fast, wenn nicht ganz allein, unter allen Nationen der Erde. Eine große Nation mit einer kleinen Politik hört bald auf, groß zu sein, und eine Nation ohne Politik hört praktisch auf, überall eine Nation zu sein. England mit Reichthum, Ehre und Bildung, kurz mit Allem gesegnet, was ihm die größte Macht über die Schicksale der Welt geben könnte, hat seine Action darauf beschränkt, Charpie zu zupfen. Meisterhafte Unthätigkeit ist seine ganze Politik gewesen; unsere Keller sind mit Gold gefüllt, aber wir haben die Kunst des Krieges und was noch schlimmer ist, unsere Staatskunst, ja unsern Namen, unsre Macht, mit einem Wort Alles, außer der Respectabilität verloren. Wie der moderne Kirchspielsvorsteher sich zu Pitt, Fox oder Canning verhält, so steht das heutige England zu dem unsrer Vorfahren.“ Eine solche Sprache der Presse wie der unabhängigen Parlamentsmitglieder deutet auf einen tiefen Umschwung der öffentlichen Stimmung hin. Allerdings wird sich derselbe erst langsam in die Sphären der Regierung fortpflanzen, Lowe und Gladstone werden vorläufig fortfahren, nur an den Ueberschuß im Budget und innere Refor-

men zu denken und Grenville hat sich noch nicht zu der Einsicht ermannen können, daß der beste freundnachbarliche Dienst, den England jetzt Frankreich erweisen könnte, wäre, ihm die falschen Illusionen über seine Widerstandskraft zu benehmen. Auch muß man, um billig zu sein, in Betracht ziehen, daß sich Frankreich in den letzten zwanzig Jahren des Kaiserreichs stets als guter Verbündeter Englands erwiesen hat. Wir erfahren jetzt bei dem deutschen Süden, welch ein mächtiges Bindemittel die Waffenbrüderschaft ist; ähnliche Bande hat auch der Krimkrieg zwischen dem englischen und französischen Heere und Volke gewoben. Bei dem indischen Aufstande von 1857 stellte Napoleon England seine Transportschiffe zur Verfügung; durch den Handelsvertrag eröffnete er nicht bloß den französischen Markt der englischen Industrie, sondern brachte ihr auch mittelbar große Vortheile, indem er durch seine freihändlerische Politik den Anstoß zu einer allgemeinen Revision der continentalen Tarife gab. Derartige Dinge werden nicht über Nacht vergessen, um so weniger, als der englische Geist langsam arbeitet, namentlich langsam sich in neue auswärtige Situationen einzuleben weiß. Aber nach den angeführten Symptomen des Umschwungs wird man doch darauf rechnen dürfen, daß die Schwerkraft der Thatsachen sich allmählig unwiderstehlich geltend machen wird. Die englischen Staatsmänner werden sich sagen müssen, daß Frankreich aus diesem Kriege dermaßen geschwächt hervorgehen muß, daß es für lange Zeit auf jede Action nach Außen zu verzichten genöthigt ist. Deutschlands Allianz dagegen wird im Verhältniß seiner gewachsenen Macht steigen müssen; nicht nur bietet der künftige deutsche Bundesstaat die stärkste Garantie des Weltfriedens, sondern auch den einzigen Stützpunkt gemeinsamer Abwehr gegen die Gefahr des Panславismus. Und hier trifft das orientalisches-asiatische Interesse Englands vollkommen zusammen mit dem Deutschlands seine Ostgrenze zu sichern. So lange die Abrechnung mit Frankreich nicht erfolgt war, blieb für Preußen ein gutes Einvernehmen mit Rußland Nothwendigkeit, denn die gefahrvollste Combination war für uns eine französisch-russische Allianz. Auch hat es bekanntlich Napoleon nicht an Versuchen dazu fehlen lassen und hat im Spätherbst 1866 sowie in der can-diotischen Frage das Möglichste aufgeboden, um Rußland durch Concessionen zu gewinnen. Aber Graf Bismarck's Scharfblick hatte sofort nach den Nicoloburger Präliminarien die Gefahr dieser Conjunction erkannt und hatte durch rasches Handeln das Prävenire gespielt. Die moralische Verbindlichkeit, welche Rußland gegen Preußen aus der Zeit des Krimkrieges und des polnischen Aufstandes hatte, die verwandtschaftlichen Bande der regierenden Familien boten hiefür Handhaben, welche vom Bundeskanzler auf das geschickteste benutzt wurden. Gleichwohl hat sich derselbe wohl gehütet, gegen Rußland irgend welche Verpflichtung hinsichtlich der orientalischen Verhältnisse

zu übernehmen; schon die unabhängige und leitende Action Preußens bei den griechischen Conferenzen im Januar 1869, die Energie, mit welcher der Einfluß Preußens zur Beseitigung des abenteuernden Ministeriums Brattiano angeboten ward, ließ das deutlich erkennen. Die Stellung, welche Graf Bismarck damals nahm, wurde in Petersburg schmerzlich empfunden, aber weil sie auf Erhaltung des Weltfriedens und des status quo im Orient errichtet war, um so dankbarer in London und Constantinopel anerkannt. Auch die Befürchtung halten wir für unbegründet, als ob der Bundeskanzler bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges die Neutralität Rußlands durch bindende Engagements für den Orient erkaufte habe. Dazu lag keine Veranlassung vor, der Kaiser Alexander theilte den Unmuth Europas über den frivolen Landfriedensbruch Frankreichs, die nationale Partei Katkoffo rechnete auf den Sieg des letzteren. Auch wird Fürst Gortschakoff schwerlich etwas gegen unsere Erwerbung des Elsasses und Deutschlothringens einzuwenden haben. Im Gegentheil dürfte er dieselbe nicht ungerne sehen in der Voraussetzung, daß uns die Assimilirung dieser Provinz dauernd im Westen beschäftigen werde, und andererseits sich sagen, daß mit der gebrochenen Macht Frankreichs auch der Halt schwindet, welchen es bisher der lateinischen Kirche im Orient in ihrem Kampfe gegen die griechische bot. Diese Gründe erscheinen uns als vollkommen ausreichend, um die Neutralität Rußlands ohne jedes Engagement Preußens zu erklären. Das gewichtigste Moment aber, das Graf Bismarck bestimmen mußte, sich nach dieser Seite hin freie Hand zu wahren, ist die Frage des künftigen Verhältnisses zu Oestreich. Wenn der Sieg der deutschen Waffen dahin führt, daß in Wien mit der Intriguenpolitik des Grafen Beust nach Außen, mit der Experimentalpolitik der Widersprüche im Innern gebrochen wird, so steht nichts einem aufrichtigen Hand in Hand Gehen der deutschen und östreichischen Interessen entgegen und beide fordern gleichmäßig, daß man der slavischen Propaganda entgegentritt. Alles dies aber muß auch den englischen Staatsmännern gegenwärtig oder doch ihnen leicht begreiflich zu machen sein; ein auf dieser Basis begründetes Einvernehmen Englands, Deutschlands und Oesterreichs wäre die glücklichste Combination für die englischen Interessen, die sich denken ließe, und deshalb glauben wir, daß es um so mehr geboten ist, ein gutes Einvernehmen mit England anzustreben, je mehr die Symptome sich mehren, daß man dort im Begriff ist aus der bleiernen Gleichgiltigkeit zu erwachen, mit der man in den letzten Jahren als asiatische Macht den Welthändeln zusah. Wir wünschen deshalb auch, daß die Mißlänge bald verhallen mögen, welche die mattherzige Politik Englands im gegenwärtigen Kriege bei uns hervorrufen mußte, und bedauern, daß der norddeutsche Votschafter in London durch einen unbegreiflich ungeschickten Schachzug die Verständigung erschwert hat. Unsere Beschwerden über die englische Neutralität

sind vollkommen gegründet, aber sie gehen auf die Stellung, welche die Regierung im Anfang des Krieges nahm, indem sie sich, trotz dringender Mahnungen im Parlamente selbst, nicht dazu entschließen konnte, die Waffenausfuhr nach den Häfen der kriegsführenden Parteien zu verbieten, weil, wie Grenville sagt, „die Königl. Commission, welche 1867 die Neutralitätsgesetze prüfte, ein solches Verbot für undurchführbar und unpolitisch hielt“. Dem gegenüber hatte man von deutscher Seite geltend zu machen, daß dies Verbot doch nicht nur während des Krimkrieges, sondern auch 1825 bei dem Kriege zwischen der Türkei und Griechenland erlassen war; warum sollte es jetzt unmöglicher geworden sein es durchzuführen? Wenn ferner Grenville sagt: „jeder der kriegsführenden Theile hatte ein Recht zu erwarten, daß die bestehenden Regeln und die bisherige Praxis werde aufrecht erhalten werden und hätte sich über irgend welche Abänderung beklagen können“, so liegt die Antwort unsererseits auf der Hand: wenn das der Fall, warum hat England denn grade beim Ausbruch des Krieges seine Foreign Enlistment Act abgeändert und die Versorgung der französischen Flotte mit Kohlen verboten? Doch aus keinem andern Grunde, als dem, daß man sich vor einem neuen Alabamafall hüten wollte. Das Völkerrecht ist so wenig unbeweglich, als das Civil- oder Criminalrecht eines Staates, man begreift unter diesem Namen nur die Gesamtheit der von civilisirten Nationen für ihren internationalen Verkehr angenommenen Normen, und so wie innerhalb eines Staates die Gesetze abgeändert werden, je nachdem die Interessen der Mehrheit es fordern, so müssen auch nach den veränderten internationalen Verhältnissen sich die Bestimmungen des Völkerrechts ändern. Niemand sollte dies besser wissen, als die englischen Staatsmänner. Als England die Meere beherrschte, nahm es Feindes Gut in neutralen Schiffen weg und erklärte Blocaden, die nur auf dem Papier standen. Aber im Krimkrieg und auf dem Pariser Congreß mußte es sich zur Annahme des Satzes bequemen, daß die Flagge die Ladung decke und Blocaden effectiv sein müssen. Ebenso wird es sich jetzt zu neuen Aenderungen seiner Gesetze verstehen müssen; wir behaupten, eine Regierung handelt nicht neutral, welche eine Waffenausfuhr erlaubt, die nach der Lage der Verhältnisse nur einem Theile zu Gute kommen kann, und können uns darauf berufen, daß England selbst diesen Grundsatz während der napoleonischen Kriege befolgte, indem es jede Zufuhr von Waffen und Munition seitens der Neutralen für Frankreich und seine Bundesgenossen zum Kriegsfall machte. Als die Neutralen sich darüber beklagten, erwiderte Lord Grenville: „Wenn ich meinem Feinde das Schwert aus den Händen gewunden habe und ein Danebenstehender ihm neue Waffen giebt, so kann derselbe nicht den Anspruch machen, als neutral behandelt zu werden.“ Und aus demselben Grunde setzte 1825 der Herzog von Wellington das Verbot

der Waffenausfuhr durch, da sonst die Türkei sich über mangelhafte Neutralität Englands beklagen könne.

Dies war der klare und unangreifbare Standpunkt, den Deutschland einzunehmen hatte um beim Ausbruch des Krieges das Verbot der Waffenausfuhr zu verlangen, welches im Unterhause wie im Oberhause befürwortet ward und ohne die geringste Schwierigkeit durchgesetzt wäre, wenn die Regierung es beantragt hätte. Ob alles, was möglich war, um es durchzusetzen geschehen ist, müssen wir dahingestellt sein lassen. War das nun nicht zu erreichen, so konnte man später, als die Franzosen große Bestellungen von Gewehren in England machten, wohl darauf hinweisen, wie schädlich dies Versäumniß für Deutschland wirke und wie ungünstig das für die Beziehungen beider Länder werden müsse, aber unmöglich konnte man verlangen, daß nun, nachdem die Franzosen geschlagen, das Gesetz abgeändert werde. Das thut aber Graf Bernstorff in seiner Note. Schon der Standpunkt, von dem er ausgeht, ist unglücklich gewählt, indem er versucht, die Lehre von der Neutralität nach der politischen Berechtigung eines Krieges zu modificiren. Er sagt nämlich im Eingange, daß die öffentliche Meinung Englands wie der ganzen Welt den Kaiser der Franzosen eines Friedensbruches in schlimmster Form für schuldig erklärte, daß Deutschland daher berechtigt gewesen, anzunehmen, die Neutralität Englands, seines alten Verbündeten gegen napoleonische Angriffe, werde wenn auch streng in der Form, doch wohlwollend im Geiste sein. Es scheint uns nun sehr wenig zweckmäßig politische Sympathieen in eine völkerrechtliche Discussion zu bringen. Sollen dieselben, deren Grad immerhin schwer zu constatiren sein wird, die Richtschnur für die Haltung der Regierung bilden, so wird dieselbe in dem Maße der einen kriegsführenden Partei feindlich, als sie gegen die andere freundlich wird; benevolent neutrality für Deutschland wäre malevolent neutrality gegen Frankreich gewesen. Deshalb antwortet Lord Grenville ganz richtig: „sobald ein Neutraler erlaubt, daß sein Verfahren durch Vorliebe für einen der kriegsführenden Theile beeinflusst wird, hört er auf neutral zu sein“.

Ebenso wenig glücklich ist Graf Bernstorffs Beweisführung, daß der von englischer Seite schon angezogene Fall der Waffen-Aus- und Durchfuhr durch Preußen beim Krimkrieg von dem vorliegenden verschieden sei. Er meint, damals habe die öffentliche Meinung Deutschlands es nicht für weise gehalten, Napoleon hilfreiche Hand zu leisten und ihn wieder zum Leiter der Geschicke Europas zu machen; jener Krieg sei ein Kampf in entlegenen Gegenden für weitabliegende Zwecke von vier Staaten gegen einen einzigen geführt, kein Streit auf Leben und Tod zwischen zwei gleich starken Nationen wie der gegenwärtige. Glaubt der Botschafter wirklich mit solchen Argumenten Eindruck zu machen, die völkerrechtlich doch augenscheinlich ganz indifferent sind?

Rechtlich hatte England im Krimmkriege nicht nur eben so viel Recht, sich über Preußens Haltung zu beklagen, als wir jetzt über die seinige, sondern weit mehr. Die Sache stand nämlich damals so, daß Preußen und der Zollverein erklärten, ihre Waffenausfuhr nach Rußland des Krieges wegen nicht beschränken zu können, und hierüber beschwerte sich England auch gar nicht, erkannte vielmehr an, daß jedes Land in dieser Beziehung thun könne, was ihm gut scheine. Aber Preußen verbot die Waffendurchfuhr durch sein Gebiet nach Rußland und ließ es gleichwohl zu, daß dies Verbot fortwährend übertreten oder umgangen ward; hierüber allein beklagte sich England und mit Recht, denn jeder Kriegsführende hat das Recht, sich zu beschweren wenn ein Neutraler sein eigenes Gesetz zu Gunsten des anderen Kriegsführenden übertreten läßt.

Die ganze Argumentation der Bernstorff'schen Note ist hinfällig, während sie die oben ausgeführten unwiderleglichen Momente gegen Englands Verfahren so gut wie unberücksichtigt läßt. Es ist daher Lord Grenville sehr leicht geworden, den Botschafter in der höflichsten Form zu widerlegen und die gesammte englische Presse hat die Theorie der benevolent neutrality nicht etwa erbittert angegriffen, sondern als ungereimt verspottet. Das ist für das deutsche Selbstgefühl doppelt empfindlich in einem Augenblicke, wo wir vor der Welt so groß dastehen; die Bernstorff'sche Note bildet einen peinlichen Gegensatz zu den neueren Bismarck'schen Circularen. Während hier alles Nerv und Schneide ist, so daß selbst die Deutschland mißgünstige Presse eingestehen muß, der Bundeskanzler habe sich auf einen fast unangreifbaren Standpunkt gestellt, finden wir dort jene Unklarheit wieder, die an das Regiment erinnert, das uns die identischen Noten einbrachte.

Wir hoffen indeß zuversichtlich, daß der Eindruck dieses wenig geschickten Documentes durch die Ereignisse verwischt werden und das Gefühl, welchen Werth die deutsche Allianz für England haben müsse, immer mehr zum Durchbruch kommen wird. Auch ist nicht unerwähnt zu lassen, daß die Regierung unter der Hand das möglichste gethan, die Waffenausfuhr dadurch zu hindern, daß sie selbst die Fabriken durch große Bestellungen vollauf in Anspruch nahm und die Eisenbahnen veranlaßte, bekannt zu machen, daß sie keine Waffentransporte übernehmen wollten. Als ein wesentlicher Schritt zur Annäherung beider Länder könnten sich die völkerrechtlichen Conferenzen erweisen, zu denen sich Lord Grenville am Schluß seiner Antwort bereit zeigt, um manche freitige Fragen durch internationales Abkommen zu beseitigen.

1. October.